

Info-Mail

Von: Besseres Lernen [<mailto:pressestelle@wir-wollen-lernen.de>]
Gesendet: Donnerstag, 16. Juli 2009 08:47
An: 'besseres-lernen@wir-wollen-lernen.de'
Betreff: CDU-Beschluss ("Pfeifen im Walde") und Wahlkampf in Angst

Liebe Hamburgerinnen und Hamburger,
liebe Eltern und Großeltern, liebe Schülerinnen und Schüler, liebe Lehrkräfte, liebe Schulleitungen,

Ole von Beust und Marcus Weinberg (Bundestagskandidat für den Wahlkreis Altona) haben ihren ganzen Mut zusammen genommen: Die CDU-Delegierten haben am Dienstag **beschlossen**, nach den Sommerferien von Christa Goetsch etwas **einzuordern, was schon im Koalitionsvertrag vorgesehen ist**: Sie beschließen, dass die jetzigen Erst- und Zweitklässler sowie die Schulanfänger des kommenden Schuljahres noch einen Rechtsanspruch haben sollen, nach Klasse 3 die Primarschule zu wechseln.

Doch das steht schon im 2008 geschlossenen **Koalitionsvertrag** auf Seite 9: "**Um das Elternwahlrecht bei der Einführung des gemeinsamen Lernens auch den Eltern der heutigen Erstklässler sowie der beiden folgenden Einschulungsjahrgänge zu gewährleisten, wird Ihnen die Möglichkeit gegeben, die Primarschule, die ihr Kind im Anschluss an die Jahrgangsstufe 3 besucht, neu zu wählen.**"

Angesichts dieses überaus mutigen Beschlusses, die Einhaltung des Koalitionsvertrages fordern zu wollen, überrascht es nicht, dass Christa Goetsch diesen Beschluss gelassen aufnimmt:

WELT v. 16.7.2009: Schulsenatorin Goetsch empfängt "gute Botschaft" von CDU-Parteitag
<http://www.welt.de/die-welt/article4129511/Schulsenatorin-Goetsch-empfaengt-gute-Botschaft-von-CDU-Parteitag.html>

Was Ole von Beust und Marcus Weinberg - mangels eigener Kinder und Erfahrung in diesem Bereich - nicht wissen: Das schönste Wahlrecht hilft den Eltern nichts, wenn die Schule, an die die Kinder in Klasse 4 wechseln möchten, schon voll ist - und das wird bei den attraktiven Profil-Primarschulen, die mit einem Profilymnasium kooperieren, der Fall sein.

Genauso mutig startet Marcus Weinberg jetzt auch seinen Bundestagswahlkampf (angeblicher Grund für seinen Rücktritt vom Vorsitz des Landesfachausschusses Bildung der CDU): Nach Blankenese traut er sich das nächste Mal mitten in den Sommerferien (28. Juli 2009) zu einem "Marktgespräch" an einem Dienstag von 12.00-14.00 Uhr, wenn dort garantiert kaum noch jemand auf dem Markt ist und die Händler daran gehen, ihre Stände abzubauen (Plakat siehe Anlage).

Wahlkampf in Angst vor den eigenen Wählern?

Herzliche Grüße,
Walter Scheuerl



Volksbegehren vom 28.10.-17.11.2009!

Jetzt als Sammler voranmelden unter: http://www.wir-wollen-lernen.de/gegen_primarschule_anmelden.html

Dr. Walter Scheuerl
Volksinitiative „Wir wollen lernen!“

Tel.: +49 (0)40 359 22-270

Mobil: +49 (0)172 43 53 741

Fax: +49 (0) 40 359 22-234

E-mail: walter.scheuerl@wir-wollen-lernen.de

Internet: www.wir-wollen-lernen.de

Wir sind für

- die Erhaltung weiterführender Schulen ab Klasse 5 in Hamburg,
- ein gutes, übersichtliches Schulsystem mit Stadtteilschulen, Gesamtschulen und den bei PISA wirklich erfolgreichen Gymnasien,
- die Erhaltung der Wahlfreiheit der Eltern,
- die Erhaltung der „Langformschulen“ (Gesamtschulen),
- die Verbesserung der Ausstattung bestehender Schulen,
- die Erhöhung der Anzahl der Lehrer,
- die individuelle Förderung von schwachen und starken Schülern,
- die besondere Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund,
- die Erhaltung kurzer Schulwege,
- Reformen nur, wenn dadurch nachweislich eine Verbesserung eintritt - keine Massen-Experimente mit unseren Kindern!
- Selbständigkeit der Schulen, Stärkung der didaktischen und pädagogischen Kompetenz der Lehrkräfte.

Initiative „Wir wollen lernen!“- Förderverein für bessere Bildung in Hamburg e. V.

AG Hamburg, VR 20129, Vorstand: Ulf Bertheau, Dr. Walter Scheuerl, Ralf Sielmann

Hamburger Sparkasse
BLZ 200 505 50
Konto Nr. 1280 / 310 689

Hinter der im Frühjahr 2008 gegründeten Initiative stehen engagierte Eltern, Lehrer, Schüler und Bürger aus allen Stadtteilen Hamburgs. Am 19.11.2008 konnten wir dem Senat 21.000 Unterschriften vorlegen. Der weitere Zeitplan ist nun durch die Hamburger Volksentscheids-Gesetzgebung vorgegeben: Volksbegehren im November 2009 und Volksentscheid im Juni 2010.

Leider muss für diesen langen Weg noch viel Aufklärungsarbeit in unserer Stadt geleistet werden - und diese kostet Geld. Da wir die nun notwendige Arbeit in der bisherigen Struktur nicht mehr leisten können, haben wir einen Förderverein gegründet. Und dieser freut sich über jede Form der finanziellen Zuwendung, um gemeinsam mit Ihnen weiter erfolgreich für unsere Ziele arbeiten zu können.